

Landesfachtag WiPo 2024 Beye/Breusing

Thema: Medien und Debattenkultur in Deutschland – Entpluralisierung?

Eine Unterrichtseinheit für den E-Jahrgang

Thema	Inhalte	Sach-/Werturteil
1. Meinungsfreiheit – Grenzen des Sagbaren?	Gefühlte Meinungsfreiheit (Rechtliche vs. gesellschaftliche Einschränkung) Grenzen der Meinungsfreiheit Wahrheitsbegriff und Pluralismus Kant	Freiheit vs. Schutz Vorstellungen von Demokratie
2. Debattenkultur – Undifferenziertheit als Gefahr für die Demokratie?	Diskurs in Social Media Sprachliche Merkmale der Diskursverzerrung	Meinungsaktivismus vs. Differenziertheit von Meinungsäußerungen konstruktive vs. destruktive Kommunikation Vorstellungen von Demokratie
3. Soziale Medien – Verrohung, aber ein Mehr an Demokratie?	Chance/Risiken einer vernetzten Öffentlichkeit Bedeutung von Social Media zur Informationsgewinnung Bürgerleitbild in Sozialen Medien	Gefahr vs. Chance Bürgerleitbild
4. Berichterstattung in der Krise – Homogenität statt Pluralität?	Aufgaben/Veränderung von Journalismus Verhalten von Journalisten Verhältnis von Politik und Medien	Homogenität vs. Heterogenität; Macht, Kontrolle Bürgerleitbild und Vorstellungen von Demokratie

5. Öffentlich-rechtliche Medien – ausreichend Pluralismus?	Politische Grundorientierungen im Programm der ÖRR	Ausgewogenheit vs. Einseitigkeit Meinungsmacht vs. Meinungspluralismus
6. Öffentlich-rechtliche Medien – Vierte Gewalt oder Mündel der Parteien?	Causa Brender Zusammensetzung und Aufgaben des ZDF-Fernseh- und Verwaltungsrates BVerG-Urteil von 2014 Entwicklung von Vorschlägen zur Zusammensetzung der Gremien im Rahmen einer „Reformkommission“	Repräsentativität Macht, Kontrolle (des Staates vs. durch den Staat) Vorstellungen von Demokratie

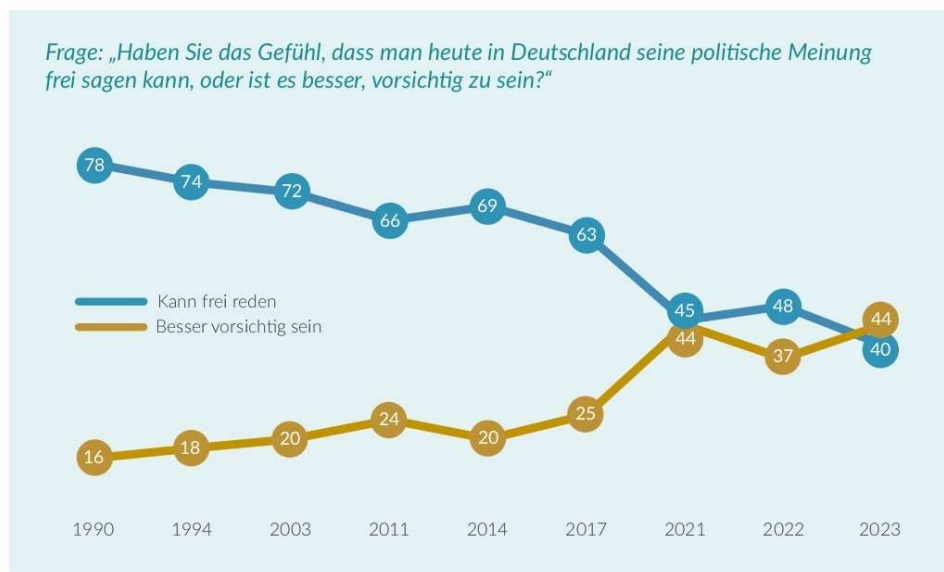
Material: Medien und Debattenkultur in Deutschland – Entpluralisierung?

1. Stunde: Meinungsfreiheit – Grenzen des Sagbaren?

M1: Gefühlte Meinungsfreiheit

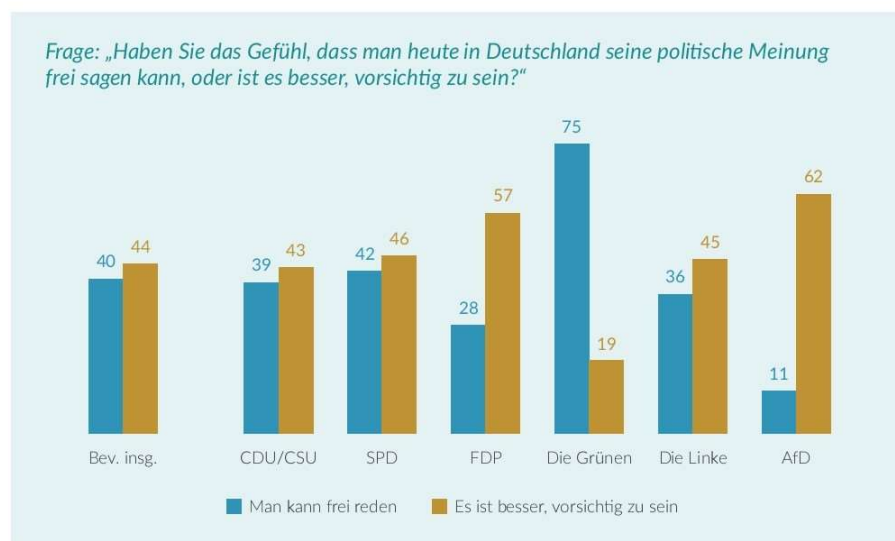
Grafik 6: Freie Meinungsäußerung

(Zustimmung in Prozent; an 100 fehlende Prozent: „Mit Einschränkungen“ oder „Unentschieden“)



Grafik 1: Freie Meinungsäußerung – Analyse nach Parteianhängerschaft

(an 100 fehlende Prozent: „Mit Einschränkungen“ oder unentschieden)



Quelle: Screenshots aus Schatz/Petersen/Schmidt (2023): Bricht die Mauer des Schweigens? Freiheitsindex 2023 - das Forschungsprojekt des Instituts für Demoskopie Allensbach und Media Tenor International, S. 73 und S. 26. Online: http://www.mediatenor.com/images/library/reports/Freiheitsindex_2023.indd%20-%20Freiheitsindex_2023_web.pdf (Zugriff vom 6.03.24).

M2: Meinungsfreiheit im Grundgesetz

Artikel 5

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Die Grundrechte. In: Deutscher Bundestag. Online: <https://www.bundestag.de/gg/grundrechte> (Zugriff vom 6.03.24).

M3: Debattenbeitrag

Fünf vor acht/Meinungsfreiheit: Rettet die Wahrheit! - Eine Kolumne von Mark Schieritz

Es gehört zum guten Ton, vor Einschränkung der Meinungsfreiheit zu warnen. Doch die Demokratie ist darauf angewiesen, dass nicht jeder Unsinn die Debatte bestimmt.

Neulich habe ich mich auf Twitter wieder einmal in eine Auseinandersetzung verwickeln lassen. Es ging um die Frage, ob die Wiederwahl von Donald Trump eine Gefahr für die westliche Welt sei. Aus meiner Sicht kann es daran mit Blick auf seine zahllosen Korruptionsskandale, seinen wiederholten Amtsmisbräuchen und seine politische Skrupellosigkeit überhaupt keinen Zweifel geben. So könne man nicht argumentieren, wurde ich belehrt. Es gebe immer „zwei Seiten“ und in der öffentlichen Debatte habe gefälligst die gesamte Bandbreite möglicher Meinungen aufzutauchen. Das sei Pluralismus.

Ich möchte dieser Sichtweise an dieser Stelle mit großem Nachdruck widersprechen. Der Satz, dass es immer zwei Seiten gibt, stimmt vielleicht in der Paartherapie. Im politischen Diskurs kommt er einem Rückfall in die Vormoderne gleich und gefährdet die Grundlagen der Demokratie.

Sie glauben mir nicht? Dann hören Sie auf Immanuel Kant, der in diesen Tagen von den Streitern gegen eine vermeintliche Einschränkung der Meinungsfreiheit gerne ins Feld geführt wird. Der Philosoph aus Königsberg hat Aufklärung als philosophisches Konzept einmal als den „Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“ bezeichnet. Unmündigkeit sei demnach das „Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen“.

Kein diskursiver Freifahrtschein

Dieses Zitat wird von den Befürwortern der Zwei-Seiten-Theorie als eine Art diskursiver Freifahrtschein interpretiert: Die Aufforderung, sich von der Leitung eines anderen loszusagen, eröffnet demnach die Möglichkeit, alles zu sagen, was einem gerade in den Kram passt. Wie zum Beispiel, dass Trump auch seine guten Seiten hat. Dass Zigeunersoße schon immer Zigeunersoße geheißen hat und es deshalb überhaupt keinen Grund gibt, den Produktnamen zu ändern. Oder dass sich die Erde überhaupt nicht erwärmt, weil es gestern doch draußen kalt war.

Diese Interpretation beruht aber auf einer ungenauen Lektüre. Kant hat nicht postuliert, dass in einer Angelegenheit alles gesagt werden müsse, was gesagt werden kann. Er forderte vielmehr die Einschaltung des „Verstandes“. Damit hat Kant seinen Aufruf zur Emanzipation von allen Autoritäten gewissermaßen mit einem eingebauten Korrektiv ausgestattet: sagbar ist, was mit den Bordmitteln des eigenen Verstandes begründet werden kann.

Das funktioniert natürlich nur, wenn man daran glaubt, dass alle Menschen im Prinzip ihren Verstand benutzen können und die mit den Kategorien des Verstandes begründete Positionen auch von den übrigen Teilnehmern einer Debatte nachvollzogen werden können. Mit anderen Worten: Wenn es so etwas wie einen objektiven – oder besser intersubjektiv vermittelbaren – Wahrheitsbegriff gibt.

Zwei plus zwei macht vier

(...) Ein Meinungszoo ist kein pluralistischer Diskurs. Ohne Streit keine Demokratie, aber dieser Streit muss sich an einem Wahrheitsbegriff orientieren, der sich gegen eine argumentative Überprüfung nicht abschottet. Zwei plus zwei macht vier. Nicht drei, nicht fünf und auch nicht sechs.

Wenn jeder unter Rückgriff auf die Meinungsfreiheit einfach behauptet, was er will, ist am Ende eine Unterscheidung zwischen guten und schlechten Argumenten nicht mehr möglich. Das wäre dann das Ende des historischen Projekts der Aufklärung.

Quelle: Mark Schieritz: Rettet die Wahrheit! In: ZEIT ONLINE vom 19.8.2020. Online:

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-08/meinungsfreiheit-demokratie-politische-debatten-5vor8> (Zugriff vom 27.12.2020).

M4: Debattenbeitrag



ZDF Satire: Bosetti will reden. In: YouTube vom 29.11.2023. Online: <https://www.youtube.com/watch?v=bntq2DUsh6U>
(Zugriff vom 6.03.2024).

2. Stunde: Debattenkultur – Undifferenziertheit als Gefahr für die Demokratie?

M1: Debattenbeitrag

„Wirklich in Bedrängnis kommt die Meinungsfreiheit jedoch, wenn sich der gesunde Menschenverstand in großer Breite verabschiedet und – schlimmer noch – argumentative Differenzierungen als Schwächung eines angeblichen Moralkonsenses diffamiert werden. (...) Wenn Schwarz und Weiß die einzigen Schattierungen in der Debatte sind, bekommen wir ein fundamentales Problem für die Demokratie.“

Quelle: Kubicki, Wolfgang (2020): Meinungsfreiheit. Das gefährliche Spiel mit der Demokratie. Frankfurt/M., S. 120.

M2: Debattenbeitrag

Thorsten Jantschek: Es ist erlaubt, noch keine Meinung zu haben

Wir leben in einer Zeit von Meinungsmanie und Bekenntniszwang, meint Thorsten Jantschek. Er findet: Wir sollten uns wieder die Zeit nehmen, uns in Ruhe eine Meinung zu bilden, statt immer gleich mitzuteilen, was wir denken.

Dafür oder dagegen. Tertium non datur. Ein Drittes gibt es nicht. In Krisen und Kriegszeiten herrscht die Logik binären Denkens. Und die erzeugt eine permanente Meinungsmanie.

Nirgendwo zeigt sich das derzeit deutlicher als in der Diskussion über die Terroranschläge in Israel vom 7. Oktober. Zumindest in der deutschen Debatte. Es geht um Solidarität, Antisemitismus, das Schweigen der Linken oder das falsche Dröhnen der Kultur und so weiter, und so weiter.

Auf einen offenen Brief folgen sogleich drei Gegenbriefe, eine Flut von Distanzierungen, Bekräftigungen oder Entschuldigungen. Die Meinungsmaschinen Facebook und X überbieten sich mit Zugespitztem im Kurzformat. In den Kommentarspalten spaltet sich die Meinungsgesellschaft, immerzu mit dem widerstreitenden Anspruch auf Gesinnungskonformität.

Ausschluss aus dem Diskursuniversum

Aus dem zwanglosen Zwang des besseren Arguments, den der Philosoph Jürgen Habermas dereinst ausgerufen hatte, ist längst die mit Ausschluss aus dem Diskursuniversum sanktionierte Forderung geworden, man möge endlich diese oder jene Meinung teilen. (...)

Wer nicht zustimmt, stört

(...) Dabei ist das Meinung-Haben vor das Meinung-Bilden getreten. Dafür oder dagegen, ein Drittes gibt es nicht. Das Meinung-Haben – so scheint es – bringt die eigene Unruhe, die Orientierung in Zeiten, in denen unentwegt Gewissheiten zusammenbrechen, für einen Augenblick zur Ruhe. Die Meinung steht. Wer nicht zustimmt, stört.

Es gilt, zurückhaltend zu werden

Zugleich aber ist das, worauf sich die Meinungen beziehen, unaufhörlich in Bewegung. Alle möglichen Informationen (und damit auch möglichen Falschinformationen) stehen ebenfalls allen Diskursteilnehmerinnen und Diskursteilnehmern in Echtzeit zur Verfügung.

Damit aber trifft die binäre Logik der Meinungen auf eine zunehmend granulare, auf eine feinkörnige Welt, die immer feinkörniger wird. Eine Welt, die – je näher man an ihre Phänomene herantritt – politisch komplexer wird, moralisch widersprüchlicher und im wahrsten Sinne des Wortes: unübersichtlicher.

In dieser wirklichen Welt werden israelische Geiseln von den Terroristen der Hamas brutal misshandelt, gequält und getötet. In der wirklichen Welt ereigneten sich am 7. Oktober unfassbare Gräueltaten. In der wirklichen Welt sterben im Gazastreifen täglich Zivilisten. In der wirklichen Welt werden tragi-scherweise israelische Geiseln von israelischen Soldaten erschossen und Kinder in Krankenhäusern von Raketen getroffen.

35 Gegenüber dieser grauenhaft granularen, sich ständig – wie ein Vexierbild – ändernden Wirklichkeit gilt es, zurückhaltend zu werden. Weder Moral noch Empathie, weder Politik noch Militär bieten im Angesicht dieser Situation eine Sicherheit, auf der eine Überzeugung wirklich stehen kann. Sich Zeit zu nehmen, um eine Meinung zu bilden, ohne jeden Schritt auf diesem Weg rauszublasen, mag wohl ein frommer Weihnachtswunsch sein.

40 **Auf Distanz zum Meinungsaktivismus**

Dennoch wäre das die Haltung eines modernen Stoikers, wie ihn sich der Philosoph Ralf Konersmann in seinem Buch „Die Unruhe der Welt“ vorgestellt hat. Der moderne Stoiker versucht, das unruhige Leben nicht dadurch zu meistern, dass er sich zurückzieht, er geht nur auf Distanz zum Meinungsaktivismus. Und hebelt dadurch die binäre Logik aus: Zwischen dem Dafür oder Dagegen darf man sich erlauben, 45 noch keine Meinung zu haben. Die Seelenruhe des modernen Stoikers besteht dann genau darin, sich nicht aus der Unruhe bringen zu lassen, erst recht nicht durch eine vorschnelle Meinung.

Quelle: Thorsten Jantschek: Es ist erlaubt, noch keine Meinung zu haben. In: deutschlandfunk.de vom 24.12.2023. Online: <https://www.deutschlandfunk.de/debattenkultur-meinung-100.html> (Zugriff vom 6.03.2024).

M3: Rhetorische Eskalationsstrategien

Kazim Hasnain: Kaputtgehauen – Zeit Online vom 20.02.2022

Wir bemäkeln irrelevante Dinge, wir nutzen inhaltsleere Schlagwörter, wir kritisieren unpräzise. Unsere Debattenkultur ist im Eimer. Ein Plädoyer für besseres Streiten

Okay, dass es um die Streitkultur nicht gut bestellt ist in Zeiten von Facebook, Twitter und Telegram, ist keine neue Erkenntnis. Donald Trump hat das Haten im Netz ja schon vor langer Zeit zum Regierungsinstrument erhoben. Mir scheint aber, dass der Wettbewerb um die schlechteste Debatte dieser Tage 5 noch einmal auf die Spitze getrieben wurde. Und um gleich auf die Frage "Und was eine schlechte Debatte ist, bestimmst du?!!?!?", die jetzt dutzendfach in meinem Postfach landen wird, zu antworten: Ja, es gibt durchaus objektive Kriterien dafür.

Fangen wir mal mit dem Harmlosesten an. In den zurückliegenden Tagen und Wochen ging es besonders häufig um Äußerlichkeiten. Erst wurde der Kleidungsstil von Außenministerin Annalena Baerbock 10 als zu extravagant kritisiert, dann die neue Grünenchefin Ricarda Lang als zu dick herabgewürdigt, (...).

Nun sollten wir alle schon als Kinder gelernt haben, dass wir Menschen nicht wegen ihres Äußeren beleidigen. Aber klar: Über das Aussehen kann jede und jeder mitreden. Man muss nicht mal Demokratie von Diktatur unterscheiden können, um die Friseure von Trump, Boris Johnson und Kim Jong-un, nun ja, 15 ziemlich unfähig zu finden. (...) Was ebenfalls zugenommen hat, ist der Hang, jede Debatte entlang der immer selben Schlagwörter auszurichten – mögen sie passen oder nicht. (...)

Wer es stumpf mag, nimmt den Vorschlaghammer

(...)

Wer es stumpf mag, nimmt den Vorschlaghammer, und der ist, leider, in den zurückliegenden Tagen immer häufiger zum Einsatz gekommen. Ein trauriges Beispiel: die Aussagen von Schleswig-Holsteins 20 Bildungsministerin Karin Prien (CDU) und die anschließende Debatte.

Prien hatte zunächst bei Markus Lanz im ZDF erklärt, Covid sei "keine gefährliche Erkrankung für Fünf- bis Elfjährige" und damit Widerspruch geerntet. So schrieb eine Twitter-Nutzerin: "Wir haben in den letzten 4 Wochen 17 tote Kinder gehabt. 17 - in VIER Wochen. Und es geht immer schneller. Bis Oktober 25 21 hatten wir 27 tote Kinder, seit Oktober 38. Also in 4,5 Monaten mehr als in 18 Monaten. Insgesamt sind 65 Kinder verstorben. FÜNFUNDSECHZIG." Darauf erwiderte Prien: "Bitte differenzieren: Kinder sterben. Das ist extrem tragisch. Aber sie sterben mit COVID_19 und nur extrem selten wegen COVID_19."

Dies war eine unsensible Wortwahl, ignorant gegenüber den Ängsten von Familien insbesondere mit

- 30 vorerkrankten und mithin besonders gefährdeten Kindern. Das hätte man ihr so sagen können. (...) Aber hier wurde es bösartig. Prien wurde in die Nähe der Nationalsozialisten gestellt, ihr wurde vorgehalten, in manchen Kindern "lebensunwertes Leben" zu sehen. Andere, nicht minder bösartig, verwiesen auf Priens jüdische Wurzeln und wurden ihr gegenüber antisemitisch ausfällig. Prien erhielt sogar Morddrohungen. Am Ende entschied sie sich für einen zumindest temporären Rückzug von Twitter. Sie
35 deaktivierte ihren Account und ließ über ihren Sprecher verbreiten: "Ich nehme mir einige Wochen Zeit, um darüber nachzudenken, ob und wie ich Twitter als Medium weiter zur Kommunikation nutze." (...)

Was wir in diesen Tagen erlebt haben, sind keine anständigen, zivilisierten Auseinandersetzungen. Es sind verbale Explosionen, die vielleicht kurzzeitig helfen, Druck abzulassen. Aber am Ende hinterlassen sie nur Zerstörung.

Quelle: Hasnain Kazim: Kaputtgehauen. In: Zeit Online vom 20.02.2022.

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2022-02/streitkultur-lookism-twitter-debatten/komplettansicht> (Zugriff vom 6.03.2024).

3. Stunde: Soziale Medien – Verrohung, aber ein Mehr an Demokratie?

M1: Unbubble: Hatespeech & Fake News: Zerstört Social Media unsere Demokratie?



ZDFkultur (Hg.): Unbubble. Hatespeech & Fake News: Zerstört Social Media unsere Demokratie? In: Youtube vom 29.06.2022. <https://www.youtube.com/watch?v=RFVq5IMohxo> (Zugriff vom 05.03.2024).

Nutzungshinweis: als Einstieg bis 1:58 Min.

M2: Debattenbeitrag

Frank Überall: Fünfte versus Vierte Gewalt: Journalismus unter Beschuss

- [...] [D]ie Konjunktur der neuen „sozialen Medien“: In sozialen Internetgruppen als digital verlänger-
tem Stammtisch tauschen sich zunehmend Gleichgesinnte aus, die nur noch das (positiv) wahrneh-
men, was in ihrer entsprechenden Filterblase als satisfaktionsfähig gilt. Handwerkliche Tugenden des
Journalismus spielen dabei keine Rolle. Das solide Zusammentragen und Überprüfen von Fakten, die
5 möglichst objektive Darstellung sowie die kompetente Einordnung werden dem Berufsstand von die-
sen Gruppierungen gar nicht mehr zugetraut. Sie konzentrieren sich lieber auf jede Art von Mitteilun-
gen, die ihrem eigenen Weltbild entgegenkommen. Alles, was dem zu widersprechen scheint, wird
reflexartig als Unwahrheit abgetan. Dieser Zerfall der kommunikativen, medial vermittelten Öffent-
lichkeit in kleinere, separate Teilöffentlichkeiten ist ein gravierendes Problem für die Demokratie –
10 und er steht womöglich erst am Beginn.
Dabei hatte das Internet ursprünglich durchaus Anlass zu Hoffnungen gegeben. Endlich könnten die
Bürger sich von der Rolle des Medienrezipienten emanzipieren und am gesellschaftlichen Diskurs
teilhaben, weil sie ohne großen Aufwand selbst ihre Meinung publizieren und damit theoretisch ein
massenhaftes Publikum erreichen können. In der Realität aber zieht sich ein Großteil der Menschen
15 auf die Rolle des bloßen Konsumenten zurück. Eine dauerhafte kommunikative Teilhabe scheint viele
zu überfordern oder ihnen zumindest im komplexen Alltag zu aufwendig zu sein.

Die Folge ist, dass zuweilen besonders zugespitzte, schrille oder laute Töne in Stammtischmanier für die „Stimme des Volkes“ gehalten werden. „Wir sind das Volk“ heißt es auf den Straßen von Dresden, Heidenau und Clausnitz wie in den Hass-Blogs im Internet. Die schweigende Mehrheit findet in dieser

20 medial aufgeregten Digitalwelt keinen Widerhall. [...]

Der Meinungsdiskurs wird durch diese Entwicklung völlig neu justiert. Der Schriftsteller Bertolt Brecht hatte schon in seiner Radiotheorie die Vision einer solchen umfassenden Teilhabemöglichkeit für alle Bürger entworfen und sie als gesellschaftliche Chance beschrieben. Jeder mediale Empfänger sollte gleichzeitig auch zu Sender werden können.

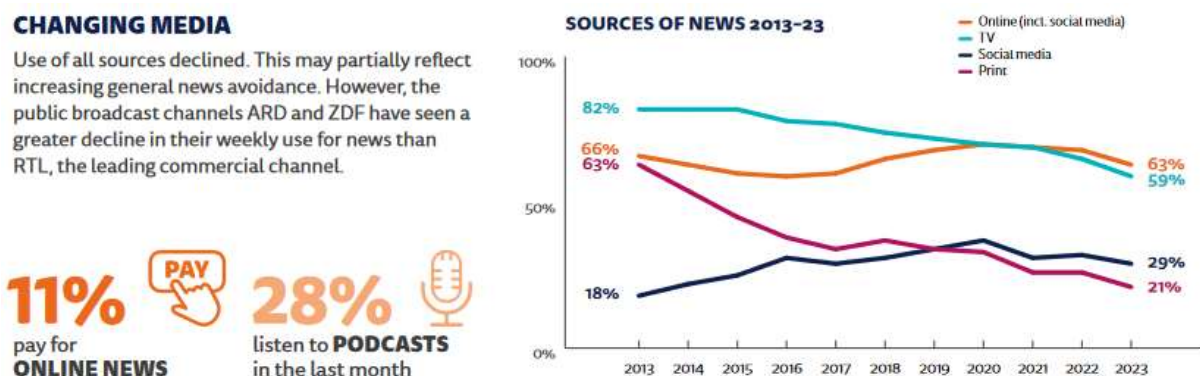
25 Tatsächlich bieten die heute Realität gewordenen, unkomplizierten Kontaktwege viele konstruktive Möglichkeiten für den Austausch zwischen professionellen Medien, Hobbyjournalisten, ambitionierten publizistischen Interessenvertretern und „einfachen“ Bürgern. In der Vielstimmigkeit dieses diskursiven Konzerts reduziert sich jedoch der Vertrauensvorschuss und die Wirkungsmacht der etablierten Medien. Ja mehr noch: Die neuen Teilnehmer der sich verändernden Kommunikationswelt
30 könnten zu einer „Fünften Gewalt“ im Staate werden, freilich ohne sich den handwerklichen Regeln der professionellen Presse zu unterwerfen. [...]

Quelle: Frank Überall: Fünfte versus Vierte Gewalt: Journalismus unter Beschuss.

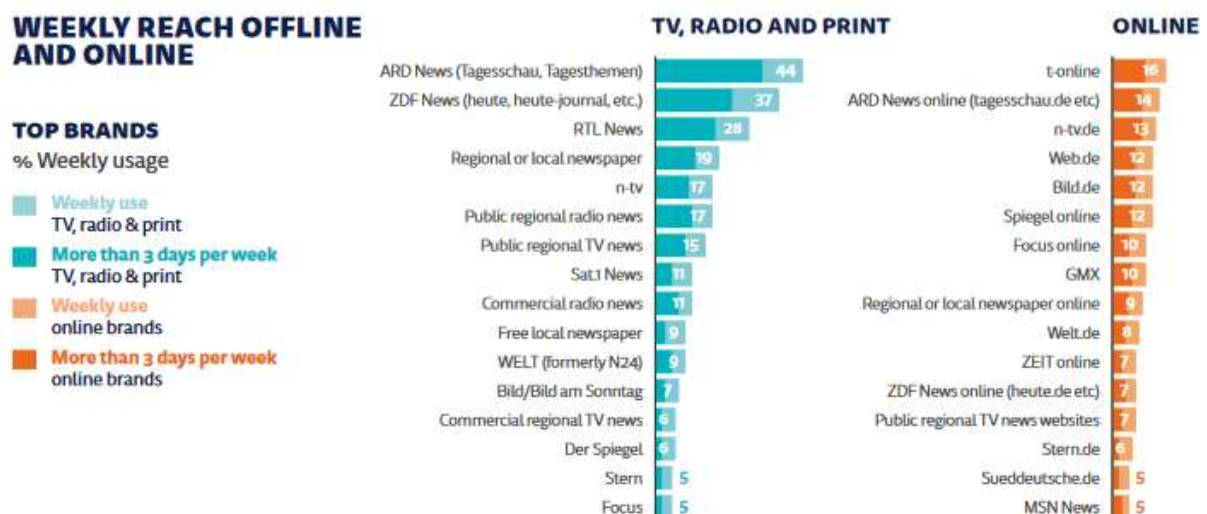
<https://www.blaetter.de/ausgabe/2016/april/fuenfte-versus-vierte-gewalt-journalismus-unter-beschuss> (Zugriff: 01.03.24).

M3: Die Bedeutung von Social Media zur Informationsgewinnung - Deutschland

Tab. 1: Informationsquellen



Tab. 2: Reichweiten



Quelle: Nic Newman et al.: Reuter Institute Digital News Report 2023. Reuters Institute for the Study of Journalism. https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/sites/default/files/2023-06/Digital_News_Report_2023.pdf (Zugriff vom 16.03.2024).

M4: Die Bedeutung des Menschenbildes – Zitate

„Ein unmanipuliertes Schreiben, Filmen und Senden gibt es nicht. Die Frage ist daher nicht, ob die Medien manipuliert werden oder nicht, sondern wer sie manipuliert. Ein revolutionärer Entwurf muß nicht die Manipulateure zum Verschwinden bringen; er hat im Gegenteil einen jeden zum Manipulateur zu machen.“

Auszug aus: Hans Magnus Enzensberger: Kursbuch 20/1970, S. 166.

„Da kein Zentrum vorhanden ist, kann sich jeder einbilden, er befinde sich, wie die Spinne in ihrem Netz, im Mittelpunkt der Welt. Kurzum, das interaktive Medium ist weder Fluch noch Segen; es bildet schlicht und einfach die Geistesverfassung seiner Teilnehmer ab.“

Auszug aus: Hans Magnus Enzensberger: Das digitale Evangelium.

4. Stunde: Berichterstattung in der Krise – Homogenität statt Pluralität?

M1: Debattenbeitrag

Richard David Precht/Harald Welzer: Die vierte Gewalt. Wie Mehrheitsmeinung gemacht wird, auch wenn sie keine ist. (Auszug 1)

Was ist in Deutschland geschehen, dass das Medienvertrauen nur noch so schwach ausgeprägt ist? Wir wagen in dieser Frage eine Hypothese: Die Migrationskrise, die Corona-Pandemie und zuletzt der Ukraine-Krieg haben die Rolle, die Funktionsweise und das Selbstverständnis der Leitmedien deutlich verändert. Die »Vierte Gewalt« begnügt sich spätestens seit diesen Geschehnissen nicht mehr mit einer umsichtigen Kontrollfunktion des politischen Journalismus. Die Politik, so scheint es, soll von den Leitmedien nicht schlichtweg *kontrolliert*, nein, sie soll oft genug mit Macht zu Entscheidungen *getrieben* werden! Und das Erstaunliche daran ist, es gelingt ihnen ziemlich gut! (...)

Das aktuelle Beispiel des Ukraine-Krieges liefert hier erschreckende Belege. (...) Das frappierend einheitliche Meinungsbild in einer so schwierigen, komplexen und hochkontroversen Frage wie jener der Waffenlieferungen an die Ukraine zeitigt eine gefährliche Folge. So leicht und zu oft drängt sich vielen Beobachtern der völlig falsche Eindruck auf, die Leitmedien in Deutschland seien von der Regierung oder »dem Staat« manipuliert. Man denkt an Länder wie Russland, China, die Türkei oder die arabische Welt, wo eine solch krasse Abweichung der veröffentlichten Meinung von der öffentlichen tatsächlich von Staatswegen verursacht ist. (...) Bei uns geht sie, anders, als in der Türkei, in Russland, in China und in der arabischen Welt *nicht* unmittelbar vom Staat aus, sondern – und das ist erstaunlich – *von den Leitmedien selbst*! Die Leitmedien in Deutschland sind *keine* Vollzugsorgane staatlicher Meinungsmache. Aber sie sind die Vollzugsorgane ihrer eigenen Meinungsmache, mit – zumindest in Krisenzeiten und solchen, die als diese empfunden werden – sich verstärkendem Hang zum Polarisierenden, Simplifizierenden, Moralisierenden, Autoritären und Diffamierenden. Und sie bilden ihre ganz eigenen Echokammern einer Szene, die stets darauf blickt, was die oder der jeweils andere gerade sagt oder schreibt, ängstlich darauf bedacht, davon nicht abzuweichen. Genau damit aber nähren die – nennen wir sie: amtierenden – Medien bedauerlicherweise viele unbegründete Verdächtigungen, die das Ihre dafür tun, die Sphäre der Öffentlichkeit zu zerstören, indem sie kollektive Zweifel daran befördern, dass unsere Leitmedien »frei« sind und die Meinungsfreiheit garantiert. (...)

Quelle: Richard David Precht, Harald Welzer: Die Vierte Gewalt. Wie Mehrheitsmeinung gemacht wird, auch wenn sie keine ist. Berlin 2022, S. 8ff.

Richard David Precht/Harald Welzer: Die vierte Gewalt. Wie Mehrheitsmeinung gemacht wird, auch wenn sie keine ist. (Auszug 2)

Die Vierte Gewalt hat keinen Verfassungsrang, ihr Mitregieren ist nicht vorgesehen. Journalismus ist kein Aktivismus, gehört zu den tausendmal wiederholten Glaubenssätzen der Zunft. Und dass sich ein Journalist mit keiner Sache gemein machen darf, auch nicht mit einer guten, gilt fast als Verfassungspräambel der Vierten Gewalt.

Quelle: Richard David Precht, Harald Welzer: Die Vierte Gewalt. Wie Mehrheitsmeinung gemacht wird, auch wenn sie keine ist. Berlin 2022, S. 37.

M2: Podiumsdiskussion mit Precht und Welzer



Nutzungshinweis: Min. 1.51-19.12 zur kritischen Einordnung der Publikation

Quelle: Hessischer Rundfunk (Hg.): Die vierte Gewalt – Medien auf dem Prüfstand mit Richard David Precht | ARD Buchmesse 2022. In: YouTube vom 21.10.2022. <https://www.youtube.com/watch?v=SpXOdlyFTAg> (Zugriff vom 6.03.2024).

5. Stunde: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk – ausreichend Pluralismus?

M1: Politische Einstellung von Journalisten



„Es ist außerdem zu erkennen, dass sich Journalistinnen und Journalisten umso stärker politisch in der Mitte verorten, je höher ihr Einkommen und ihre beruflichen Positionen sind.“

Quelle: Prof. Tanjev Schultz: Journalisten sind linker und grüner als die Bevölkerung. Ist das ein Problem? In: Übermedien vom 15.01.24.

<https://uebermedien.de/91079/journalisten-sind-linker-und-gruener-als-die-bevoelkerung-ist-das-ein-problem/> (Zugriff vom 04.03.2024).

M2: Debattenbeitrag

Sebastian Köhler: Regierungssprecher? So staatsnah sind öffentlich-rechtliche Medien. In: Berliner Zeitung vom 13.02.2024.

Das Vertrauen vieler Menschen in etablierte Medien, hierzulande und weltweit, ist längst nicht mehr selbstverständlich, sondern sogar weiter sinkend. Das belegen zahlreiche Studien, unter anderem der jährliche „Digital News Report“ vom Reuters-Institut an der Uni Oxford. Den öffentlich-rechtlichen Medien (kurz: ÖRM) wird dabei in Deutschland Untersuchungen zufolge noch immer am meisten vertraut – allerdings ist auch und gerade dieses Vertrauen mit nur noch 62 Prozent laut „Langzeitstudie Medienvertrauen“ aktuell auf ein Allzeit-Tief gesunken.

Perspektivenvielfalt in den öffentlich-rechtlichen Nachrichtenformaten

Eine neue Studie von Kommunikationsforscher Marcus Maurer und seinem Team (Uni Mainz), gefördert von der Stiftung Mercator, vergleicht neun wichtige Nachrichtenformate der ÖRM mit insgesamt 38 privat-wirtschaftlichen Medien im Zeitraum April bis Juni 2023. [...]

Das zentrale Ergebnis der Studie „Fehlt da was? Perspektivenvielfalt in den öffentlich-rechtlichen Nachrichtenformaten“ lautet in der offiziellen Kurzfassung: Die ÖRM hierzulande seien nicht „besonders einseitig“. Im Gegenteil: „Die öffentlich-rechtlichen Formate lassen (...) zumindest einfache Bürger und die aktuellen Oppositionsparteien im Verhältnis häufiger zu Wort kommen als die Vergleichsmedien und berichten in dieser Hinsicht folglich etwas vielfältiger.“ Das klingt zunächst entspannt, birgt aber bei genauerer Betrachtung dennoch Zündstoff. Denn gemäß vieler gesetzlicher Vorgaben (Medienstaatsvertrag etc.) sollen gerade diese Medien (also die Angebote von ARD, ZDF und Deutschlandradio) möglichst GAR NICHT „einseitig“ sein, sondern strikt einem „Binnenpluralismus“ verpflichtet. Dieser habe sich auf sämtliche relevanten Strömungen und Tendenzen in der Gesellschaft zu beziehen und all diese einzubeziehen.

Die Regierungsparteien sind mit eigenen Akteuren stark präsent

In dieser Hinsicht bietet die Studie einige Anknüpfungspunkte für vernünftige Medien- und Gesellschaftskritik. Denn: In den ÖRM gibt es laut Maurer & Co. einen „sehr deutlichen Sichtbarkeitsvorsprung der Regierungs- gegenüber den Oppositionsparteien“. [...]

Die erwähnten bzw. selbst zu Wort kommenden Partei-Personen z. B. stammen bei den ÖRM-Nachrichten immerhin zu 33 bzw. 30 Prozent aus der SPD (bei einem Bundestagswahlergebnis 2021 von 25,7 Prozent also deutlich überproportional). Bei den Bündnisgrünen ist die mediale Überrepräsentanz jedoch noch viel deutlicher, fast das Doppelte, verglichen mit dem Wahlergebnis von 2021 (mit damals bundesweit 14,8 Prozent der Stimmen): Von dieser Partei stammen sogar 28 Prozent [...] der Erwähnungen bzw. 26 Prozent der O-Töne.

Auch die dritte Ampel-Partei, die FDP, kommt in den ÖRM überdurchschnittlich gut weg: Laut Studie mit 12 Prozent bzw. 13 Prozent öffentlich-rechtlichem Präsenzanteil, beides jedenfalls mehr als die 11,5 Prozent bei der jüngsten Bundestagswahl. Kurz gesagt: Die Regierungsparteien sind mit eigenen Akteuren nachrichtlich stark präsent und damit deutlich diskursbestimmend. Denn auch in den privatwirtschaftlichen Medien ist die Lage ähnlich.

Wenig überraschend sind daher alle anderen Bundestagsparteien, auch die damalige Linke (so viel zum Schlagwort „linke Medien“), leitmedial massiv unterrepräsentiert. Eine logische Folge ihres Oppositions-Status? Das sollte zu denken geben, sofern journalistische Medien im Sinne von „vierte Gewalt“ als kritisches Korrektiv von politischer Herrschaft, wirtschaftlicher Macht und kultureller Hegemonie gelten. [...]

Gute gesellschaftliche Kommunikation

Immerhin: Die Tendenz „im Zweifelsfalle pro Regierung“ ist laut Studie nicht unproblematisch: Denn die ÖRM-Beiträge fielen zudem durch einen gegenüber den privatwirtschaftlichen Vergleichsmedien weniger kritischen Umgang mit den aktuellen Regierungsparteien auf. Zudem zeige sich, dass die drei Ampel-Parteien in den öffentlich-rechtlichen Formaten insgesamt deutlich weniger negativ dargestellt wurden als Union, AfD und Linke. Bedenklich weiterhin, dass die öffentlich-rechtlichen Nachrichten insgesamt laut Studie weder vielfältiger noch ausgewogener als RTL, FAZ & Co. berichtet hätten, „obwohl die Ansprüche an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in dieser Hinsicht durchaus höher sind“.

Die Studie selbst bietet, wie skizziert, manchen Anlass zur Kritik: Was sie anscheinend gemeinsam hat mit dem journalistischen Feld, ist, dass die Probleme zumindest auch, wenn nicht überwiegend, beim Publikum gesehen werden: Es gehe nicht zuletzt darum, „den Journalismus vor eventuell ungerechtfertigten Angriffen und einem auf falschen Vorstellungen basierenden Vertrauensverlust zu schützen.“

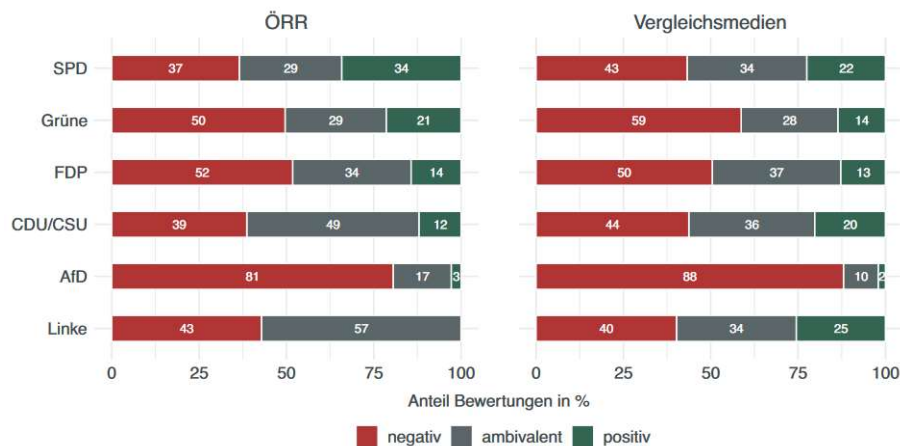
Wie schon Heinrich Heine ironisch dichtete – das Volk, der große Lämmel?

Solche Kurzschlüsse mögen kaum Zufall sein: Denn es sind ja gerade jene beiden gesellschaftlichen Felder, die sich mit „Wahrheit“ befassen sollen, nämlich Journalismus und Wissenschaften [...], in denen personelle und strukturelle Homogenität, prekäre Beschäftigung sowie Anpassungsdruck längst besonders ausgeprägt und zugleich in Rekordtempo weiter wachsend erscheinen – was dann offenbar zu Verengungen und Vereinseitigungen der jeweiligen Diskurse beiträgt. Wie sollten da, [...] neue und bessere Beiträge entstehen – wenn nicht für ein „Himmelreich“ auf Erden, so doch zumindest für halbwegs gelingende gesellschaftliche Kommunikation?

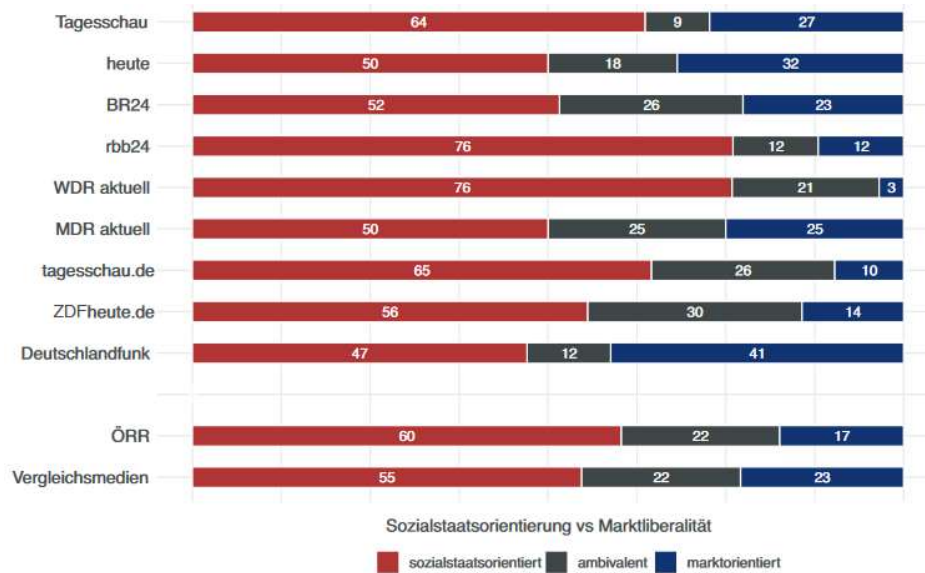
Quelle: Sebastian Köhler: Regierungssprecher? So staatsnah sind öffentlich-rechtliche Medien. In: Berliner Zeitung vom 13.02.2023.

<https://www.berliner-zeitung.de/kultur-vergnuegen/tv-medien/ard-zdf-deutschlandradio-so-staatsnah-sind-oeffentlich-rechtliche-medien-li.2186256> (Zugriff vom 24.02.2024).

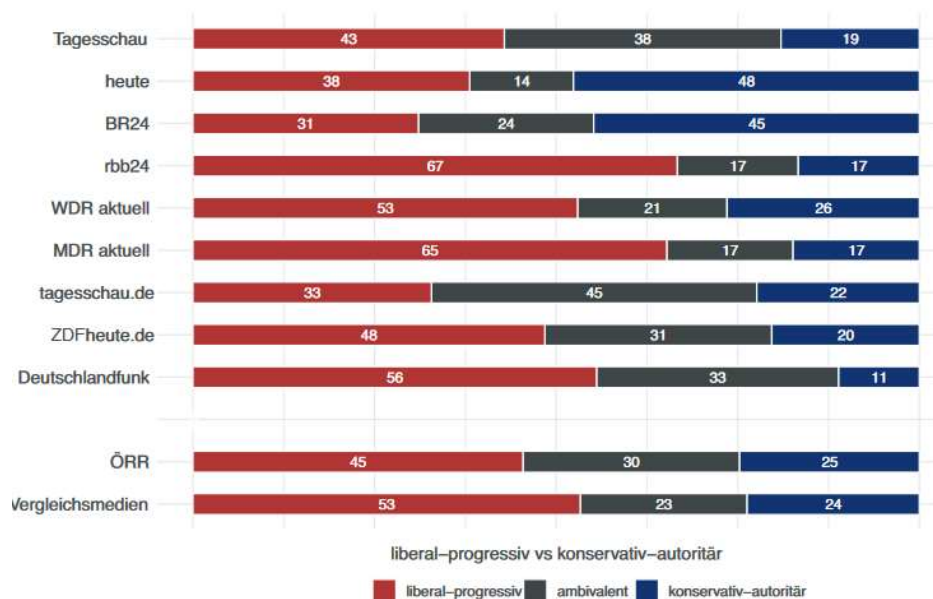
M3: Wertende Darstellung von Parteien in öffentlich-rechtlichen Formaten und Vergleichsmedien



Ideologische Grundpositionierung: Sozialstaats- vs. Marktorientierung



Ideologische Grundpositionierung: liberal-progressiv vs. konservativ-autoritär



Quelle: Markus Maurer, Simon Kruschinski, Pablo Jost: Fehlt das was? Perspektivenvielfalt in den öffentlich-rechtlichen Nachrichtenformaten. Johannes Gutenberg-Universität Mainz. 2024. https://www.polkom.ifp.uni-mainz.de/files/2024/01/pm_perspektivenvielfalt.pdf (Zugriff vom 20.02.2024).

M4: Die vierte Gewalt – Auftrag der Journalisten

Oft hört oder liest man den Begriff „Vierte Gewalt“, wenn es um Journalisten und ihre Arbeit geht. Gemeint ist damit, dass wichtige Medien wie Zeitungen, Fernsehen, Radio und Internet einerseits über das **Handeln des Staates und seiner Institutionen informieren sollen**. Andererseits aber kontrollieren die Medien durch ihre Berichterstattung auch das staatliche Handeln. Sie **informieren,**

- 5 **geben kritische Kommentare und regen dazu an, sich mit dem staatlichen Handeln auseinanderzusetzen.** Diese Kontrolle der Regierenden durch die freien Medien ist ein wesentlicher Grundzug von demokratischen Gesellschaften.

Quelle: BpB (Hg.): Vierte Gewalt. In: Das junge Politik-Lexikon.

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-junge-politik-lexikon/321342/vierte-gewalt/> (Zugriff vom 01.03.2024).

6. Stunde: Öffentlich-rechtliche Medien – Vierte Gewalt oder Mündel der Parteien?

M1: Zitat

Was heißt „vierte Gewalt im Staat“? Die Journalisten werden von den Menschen kontrolliert, die sie eigentlich selbst kontrollieren sollten - den Politikern.

Nach: Carsten Heidböhmer: Ein halbherziges Urteil. In: stern.de vom 25.04.2014.

<https://www.stern.de/kultur/tv/verfassungsgericht-zum-zdf-ein-halbherziges-urteil-3398366.html> (Zugriff vom 04.03.2024)

M2: Debattenbeitrag

Das Ende der Parteikratie im ZDF: Erst ging Brender, jetzt geht die Politik – Joachim Huber (tagesspiegel.de, 09.04.16)

[...]

Am 8. Juli wird es so weit sein, da kommt der Prozess zu seinem vorläufigen Ende. In Mainz, in der Konferenzzone des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF), trifft sich der bisherige Fernsehrat zu seiner letzten Sitzung. Daran anschließend tritt der neue Fernsehrat zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Gravierende Unterschiede: Das nächste Gremium wird aus 60 Mitgliedern bestehen, wo das amtierende noch aus 77 besteht. Dazwischen liegt ein wegweisendes Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom März 2014. Entlang der Leitsätze wie „Gebot der Vielfaltssicherung“ oder „Konsequentere Beachtung des Gebots der Staatsferne für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk“ haben die Länder den ZDF-Staatsvertrag neu formuliert, danach wird der Fernsehrat um 17 Sitze reduziert, der Verwaltungsrat von 14 auf zwölf Mitglieder. Beiden Gremien ist die Maxime eingeschrieben, dass nur noch ein Drittel der Mitglieder aus „staatsnahen“ Institutionen und Organisationen kommen dürfen, Parteien sind von jeder Entsendung ausgeschlossen.

Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht

Ob das Kurt Beck (SPD), Edmund Stoiber (CSU) und Roland Koch (CDU) wirklich erreichen wollten? Der SPD-Politiker hatte die Normenkontrollklage vors Bundesverfassungsgericht gebracht, als Folge der Causa um den ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender, den die konservative Mehrheit im Verwaltungsrat Ende 2009 ums Amt gebracht hatte. Deren Anführer war Hessens Ministerpräsident Roland Koch, aber als eigentlicher Anstifter muss der bayerische Ex-Ministerpräsident Edmund Stoiber gelten. Der hatte Brender auf dem Kieker, in Stoibers Sicht der Dinge hatte das ZDF 2002 viel zu häufig Bundeskanzler Gerhard Schröder als Flut-Retter ins Bild genommen; 2002, das war das Jahr, in dem Stoiber die Bundestagswahl gegen Schröder verlor.

[...]

Ausgerechnet jene, die das Ende dieser Chefredaktion qua Mehrheit im Verwaltungsrat anstrebten, machten die Personalie erst öffentlich (Stoiber) und vergrößerten das öffentliche Interesse enorm, als Koch in einem „FAZ“-Interview am 25. Februar 2009 Gründe für die gewollte Abberufung nannte. Koch sah sich zu diesem Schritt gedrängt, auch weil die konservativen Verwaltungsräte ihn dazu drängten. Auch hier zeigte sich der vehemente Unterschied zwischen öffentlicher und interner Rede. Koch argumentierte die Negativentwicklung bei den Einschaltquoten der ZDF-Nachrichtensendungen und dementierte jede parteipolitische Motivation. Ein konservativer Verwaltungsrat [entkräftete] die vorgebrachten Sachzwänge: „Die Gründe, das können Sie alles nachvollziehen, die sind nicht stichhaltig. [...] Die spielten gar keine Rolle mehr [...]“. Aber andere, also persönliche Gründe sollten nicht vorgebracht werden, das hätte was Ehrenrühriges gehabt. Das war Comment bei den „Schwarzen“. [...]

[Was] wohl auch irritiert, dass Brender selbst mit einer weiteren ZDF-Tradition gebrochen hatte. Der Intendant und der Programmdirektor, sie gingen stets zum „schwarzen Freundeskreis“, der Chefredakteur und der Verwaltungsdirektor stets zum „roten Freundeskreis“. Nach dieser Farben-und-Partei-Logik waren die Posten stets besetzt worden.

Nikolaus Brender, der selbstbewusste und durchaus nicht immer diplomatisch agierende Chefredakteur, nahm einmal an einer Sitzung des „roten“ Freundeskreises statt, aber nur um zu erklären, dass er es kein zweites Mal tun werde. Die Journalisten im Haus ermunterte er, es ihm gleichzutun. „Und das hat dann auch aufgehört. Ist keiner mehr hingegangen“, erzählte ein Experte. Hier begann etwas zu erodieren, was mit dem Fall Brender endgültig ins Rutschen kam: die Macht der Parteipolitiker über den öffentlich-rechtlichen Sender ZDF. [...]

Öffentliche Blamage

Wenn sich die Konservativen schon öffentlich blamieren sollten, und wollten, dann immerhin mit einem Ergebnis: Nikolaus Brender wird als ZDF-Chefredakteur nicht verlängert. [...] Dann kam das Urteil des Verfassungsgerichts, das das ZDF, seine Gremien und seine Mitarbeiter aus der parteipolitischen „Umar-

Quelle: Joachim Huber: Das Ende der Parteikratie im ZDF: Erst ging Brender, jetzt geht die Politik. In: Tagesspiegel vom 09.04.2016.

<https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/medien/erst-ging-brender-jetzt-geht-die-politik-3712270.html> (Zugriff vom 11.03.2024).

M3: Zusammensetzung des ZDF-Fernsehrates



ZDF (Hg.): Fernsehratsmitglieder nach ihrer entsendenden Organisation.

<https://www.zdf.de/zdfunternehmen/zdf-fernsehrat-mitglieder-entsendende-organisationen-102.html> (Zugriff vom 11.03.2024).

M4: Urteil des BVerG vom 25. März 2014 - Auszüge

„Das Grundrecht der Rundfunkfreiheit (Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG) verlangt für die institutionelle Ausgestaltung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten eine durchgehende Orientierung am Grundsatz der Vielfaltsicherung und eine **konsequente Begrenzung des Anteils staatlicher und staatsnaher Mitglieder in den Aufsichtsgremien.**“ [...]

5 „Der ZDF-Staatsvertrag genügt diesem Maßstab nur **teilweise**. Entgegen der derzeitigen Rechtslage ist der **Anteil staatlicher und staatsnaher Personen im Fernseh- und im Verwaltungsrat auf ein Drittel zu begrenzen**. Vertreterinnen und Vertreter der Exekutive dürfen auf die Auswahl der staatsfernen Mitglieder keinen bestimmenden Einfluss haben.“ [...]

10 b) „Die Zusammensetzung der Kollegialorgane muss darauf ausgerichtet sein, Personen mit möglichst **vielfältigen Perspektiven und Erfahrungshorizonten** aus **allen Bereichen des Gemeinwesens** zu erfassen. Dabei hat der Gesetzgeber insbesondere darauf zu achten, dass nicht vorrangig amtliche und sonstige Perspektiven und Sichtweisen, die für die staatlich-politische Willensbildung maßgeblich sind, abgebildet werden. Neben **großen, das öffentliche Leben bestimmenden Verbänden** müssen untereinander wechselnd **auch kleinere Gruppierungen**, die nicht ohne weiteres Medienzugang haben, und auch nicht

15 kohärent organisierte Perspektiven abgebildet werden.“ [...]
c) Die Anforderungen an die Vielfaltsicherung gelten zum einen für die Auswahl der staatlichen und staatsnahen Mitglieder. Hierzu gehört insbesondere, dass die **verschiedenen politischen Strömungen** und auch weitere perspektivische Brechungen etwa **föderaler oder funktionaler Art** - möglichst vielfältig Abbildung finden.

Abweichendes Urteil des Richters Andreas Paulus

„Dem Urteil kann ich nicht zustimmen, soweit es im staatsfreien oder auch nur "staatsfernen" Zweiten Deutschen Fernsehen die Mitwirkung von Mitgliedern der Exekutive in den Aufsichtsgremien für verfas-

sungsrechtlich zulässig erklärt. [...]

- 5 Wenn die Aufsichtsgremien von Rundfunk und Fernsehen von denen beherrscht werden, deren Kontrolle sie unter anderem ermöglichen sollen, ist damit eine **Beeinträchtigung ihrer Funktion** verbunden. Durch die Möglichkeit der Entsendung von Exekutivvertretern definiert das Urteil die Staatsgewalt von einer Bedrohung der Vielfalt zu einem Element eben dieser Vielfaltsgewährleistung um. Meiner Auffassung nach **reicht eine Drittelquote**, welche staatliche und "staatsnahe" Vertreter umfasst, für die Gewährleistung der Vielfalt im Zweiten Deutschen Fernsehen **nicht aus**. Vielmehr halte ich eine **weitgehende Freiheit der Aufsichtsgremien von Vertretern des Staates** für erforderlich, um [...] die Kontrollorgane des Zweiten Deutschen Fernsehens von staatlichem Einfluss zu emanzipieren.“
- 10

Quelle: Bundesverfassungsgericht (Hg.): Normenkontrollanträge gegen den ZDF-Staatsvertrag überwiegend erfolgreich. Pressemitteilung Nr. 26/2014 vom 25. März 2014.
<https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2014/bvg14-026.html> (Zugriff vom 11.03.2024).